



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 13. Dezember 2016

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Ost-Aleppo steht zur Stunde kurz vor der Einnahme durch das syrische Regime, durch die ständige Bombardierung können Hilfsorganisationen nichts mehr tun, die Lage muss sich schlussendlich in eine absolute Katastrophe verwandelt haben, es gibt Berichte von in den Trümmern Verschütteten, die noch um Hilfe schreien, aber nicht mehr erreichbar seien. Der sogenannte IS hat Palmyra zurückerobert.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/syrien-aleppo-ban-ki-moon-graeuel-taten> (13.12.16)  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/palmyra-in-syrien-is-erobert-offenbar-historische-oasenstadt-zurueck-a-1125517.html> (12.12.16)
- 400 Fliehenden gelingt es, die sechs Meter hohen Grenzanlagen der spanischen Exklave Ceuta in Marokko zu überwinden.  
<https://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-ceuta-101.html> (09.12.16)
- Die EU-Kommission fordert, dass ab März 2017 Geflüchtete, für die laut Dublin-Verordnung Griechenland zuständig ist, wieder dorthin abgeschoben werden. Gleichzeitig schlägt sie die Aufnahme von monatlich 2.000 Fliehenden aus Griechenland und 1.000 aus Italien durch andere EU-Mitgliedsstaaten vor.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/dublin-verfahren-fluechtlinge-asylpolitik-eu-kommission-abschiebung> (08.12.16)
- Am Sonntag gewann in Rumänien die sozialdemokratische und bisher regierende Partei PSD die Wahlen. Die PSD hatte im Wahlkampf stark nationalistische Töne angeschlagen und auch nicht Halt vor einer antisemitischen Rhetorik gemacht, die eine „anti-rumänische Verschwörung“ heraufbeschwor. Fraglich ist, ob der wegen Wahlmanipulation vorbestrafte Spitzenkandidat der PSD, Liviu Dragnea, von Staatspräsident Klaus Iohannis dem Parlament überhaupt als Premierminister vorgeschlagen wird.  
<http://www.dw.com/de/rum%C3%A4nien-r%C3%BCckfall-in-nationalismus-und-populismus/a-36703564> (09.12.16)  
<http://www.dw.com/de/sozialdemokraten-gewinnen-wahl-in-rum%C3%A4nien/a-36730624> (12.12.16)  
<http://www.nzz.ch/international/rumaenien-bleibt-in-der-hand-der-korrupten-straffaellig-aber-erfolgreich-ld.134080> (12.12.16)
- Auch in Rumänien wurde gewählt, erst spät war klar, dass die rechtskonservative Partei

VMRO-DPMNE des ehemaligen Premierministers Nikola Gruevski gewonnen hat. Der Wahl voraus gingen Vorwürfe der Opposition an den damals regierenden Gruevski, er habe sich an Wahlbetrug und Bestechung beteiligt. Es folgten Demonstrationen von Zehntausenden gegen Gruevski, der dann im Januar zurücktrat.

<https://www.tagesschau.de/ausland/mazedonien-209.html> (13.12.16)

### *Bund, Land, Kommune*

- Die CDU veranstaltete vergangene Woche ihren Parteitag. Wie bereits letzte Woche geschrieben setzt sich die Partei nun für Aufnahmezentren in Tunesien ein sowie die Rückführung von über das Mittelmeer Fliehenden nach Afrika. Bundesinnenminister Thomas de Maizière kündigt an, im kommenden Jahr 100.000 Menschen abzuschicken, dafür müsse die Abschiebepolitik verschärft werden. Nun tritt die Partei für Kürzungen bei Sozialleistungen von vollziehbar Ausreisepflichtigen oder die Ausweitung des Ausreisegewahrsams ein. Dass viele der Forderungen sich bereits heute im Aufenthaltsbeziehungsweise Asylrecht finden, zeigt das Interview des *Deutschlandfunks* mit Anwalt Thomas Oberhäuser, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Ausländer- und Asylrecht im Deutschen Anwaltsverein. Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL problematisiert im *MiGAZIN* die Pläne, Aufnahmezentren in Nordafrika einzurichten. Weiterhin wird Angela Merkel wieder zur Parteivorsitzenden gewählt. Gleichzeitig beschließt die Partei, sich für die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft einzusetzen. Merkel hatte empfohlen, den entsprechenden Antrag abzulehnen.  
<http://www.rp-online.de/politik/deutschland/de-maiziere-fuer-schaerfere-asylpolitik-wir-muessen-viel-mehr-abschieben-aid-1.6445217> (06.12.16)  
Interview mit Thomas Oberhäuser: [http://www.deutschlandfunk.de/cdu-vorschlaege-zur-abschiebepolitik-das-erhoeht-nur-den.694.de.html?dram:article\\_id=373262](http://www.deutschlandfunk.de/cdu-vorschlaege-zur-abschiebepolitik-das-erhoeht-nur-den.694.de.html?dram:article_id=373262) (06.12.16)  
Fragen an Günter Burkhardt: <http://www.migazin.de/2016/12/09/das-recht-auf-asyl-soll-ausgehebelt-werden/> (09.12.16)
- Deutschland will die Grenzkontrollen zu Österreich länger als geplant fortführen. Ursprünglich sollten sie nur bis Februar währen. Die Bundesregierung begründet dies mit einer erhöhten Terrorgefahr, die EU mahnt an, Deutschland müsse dies näher begründen woraufhin Deutschland droht, die Grenzkontrollen gegebenenfalls auch ohne Einverständnis der anderen Mitgliedsstaaten zu verlängern.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-12/fluechtlinge-deutschland-oesterreich-grenzkontrollen-eu-kommission-schengen> (11.12.16)
- Unbemerkt von der Öffentlichkeit werden auch am Flughafen Leipzig-Halle Menschen abgeschoben. In den ersten drei Quartalen wurden 2.613 Menschen aus Sachsen abgeschoben im Vergleich zu 724 im gesamten letzten Jahr. Der Flughafen Leipzig-Halle rangiert momentan auf Platz 4 der Flughäfen, von denen die meisten Menschen abgeschoben werden. Forderungen nach einem Winterabschiebestopp bleiben ungehört, auch die rot-rot-grüne Landesregierung Thüringens hat diesen wieder ausgesetzt.  
<http://kreuzer-leipzig.de/2016/12/09/ungesehen-abgeschoben/> (09.12.16)  
<http://www.mdr.de/sachsen/ulbig-stellt-asyl-jahresbilanz-vor-100.html> (05.12.16)
- Trotz einer grundsätzlicher positiven Einschätzung der Bereitschaft Deutschlands, Fliehende aufzunehmen, hält das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) die jüngsten Asylrechtsverschärfungen für äußerst bedenklich. Die Aussetzung des Familiennachzugs beim subsidiären Schutz auf zwei Jahre sei mit der UN-Kinderrechtskonvention nicht vereinbar. Ebenso problematisiert werden die beschleunigten Asylverfahren bei Menschen aus den „Sicheren Herkunftsstaaten“. Die einwöchige Klagefrist sei oftmals kaum einhaltbar, da eine Rechtsvertretung, häufig Sprachmittlung und gegebenenfalls eine Erlaubnis, den Landkreis zu verlassen, nötig seien.  
<http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/menschenrechtler-lehnen-asyl-einschraenkungen-ab-aid-1.6448527> (07.12.16)

<https://www.tagesschau.de/inland/menschenrechte-in-deutschland-101.html> (07.12.16)

- Die bayerische Opposition aus SPD und Grünen versuchte im Landtag, die CSU-Regierung zu einer Debatte über das bayerische Integrationsgesetz zu zwingen und veranschlagte eine Art Filibuster im Plenum. Die CSU hatte sich bisher aller Kritik erhaben gefühlt, selbst den Protesten aus den Kirchen konnte sie nichts abgewinnen. Von Donnerstag auf Freitag tagten die Abgeordneten insgesamt 16 Stunden. SPD und Grüne werfen der CSU vor, ein verfassungswidriges Gesetz passieren zu lassen. Was bayerische Leitkultur oder gar Identität sein solle, beides findet sich im Gesetz wieder, wird nicht definiert.  
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/integrationsgesetz-nach-stunden-debatte-landtag-verabschiedet-integrationsgesetz-1.3285664> (09.12.16)

## Hintergrund und Meinung

- Bastian Brandau ordnet im *Deutschlandradio Kultur* den kürzlich veröffentlichten Sachsen Monitor ein. Perspektiven von Mitgliedern der Banda Comunale werden aufgenommen, die betonen, dass in Dresden eben auch Projekte wie diese Band möglich seien. Integrationsministerin Petra Köpping von der SPD kommt zu Wort. Sie möchte Sachsen mehr Zeit lassen, sich an das 21. Jahrhundert zu gewöhnen – schließlich kennen die Leute in Sachsen den Islam ja nur aus dem Fernsehen. Dass die Ablehnung aber sehr hoch ist und der Wille zum Kontakt nicht vorhanden, zeigen die zitierten Erfahrungen von Geflüchteten aus Brandis und Bautzen für die Rassismus Alltag ist, das zeigen Übergriffe und Gewalt gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte. Gleichzeitig wird auf etablierte und verfestigte rechtsradikale Strukturen verwiesen und auf den Rassismus der Landes-CDU. Ihre Ignoranz gegenüber den Nazis beziehungsweise die Verharmlosung rechter Tendenzen werden benannt. Brandau besuchte unter anderem eine Konferenz der Jungen Union Sachsen und Niederschlesien, Thema „Passt der Islam zu Deutschland?“. Diese für eine in Sachsen tätige, politische Jugendorganisation mit solchem Namen weniger überraschende Frage beantwortet der ebenfalls anwesende Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth, CDU, damit, er wolle den Geflüchteten das demokratische System näher bringen. Auf die Frage, wie er dieses den 18% der im Sachsen-Monitor Befragten beibringen möchte, die meinen, die Deutschen seien anderen Völkern von Natur aus überlegen, oder auch den 62%, die gern eine starke Partei hätten, die irgendeine Volksgemeinschaft verkörpert, antwortet Mackenroth mit üblichen Nachwendephrasen. Politikwissenschaftler Khaldun Al-Saadi aus Leipzig problematisiert den auf Homogenität abzielenden Begriff der Gemeinschaft und spricht von Gesellschaft. Er meint, in Sachsen sollten die Menschen ihr Menschenbild überprüfen, wenn sie nicht in der Lage sind, mit der Heterogenität der eigenen Gesellschaft klarzukommen.  
[http://www.deutschlandradiokultur.de/sachsen-zwischen-mitgefuehl-und-fremdenhass.1001.de.html?dram:article\\_id=373267](http://www.deutschlandradiokultur.de/sachsen-zwischen-mitgefuehl-und-fremdenhass.1001.de.html?dram:article_id=373267) (07.12.16)
- Lisa Schnell kommentiert in der *SZ*, dass das bayerische Integrationsgesetz Alltagsgepflogenheiten mit unbestimmten Begriffen, wie dem der Leitkultur, regeln wolle. Es könne gar keine einheitliche Kultur in einer freiheitlichen Gesellschaft geben. Es bleibe der Eindruck, die CSU habe weniger die Integration im Blick als die Wahlen.  
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/integrationsgesetz-fuer-die-csu-sind-zuwanderer-nur-invasoren-1.3285666> (09.12.16)
- Ein Porträt der *NZZ* über den scheidenden Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise. Es wird erörtert, ob der Aufbau eines effizienten Managements bei gleichzeitiger Beschleunigung von Asylverfahren ein Verdienst ist oder nicht.  
<http://www.nzz.ch/international/europa/spektrum-deutschland-fluechtlinge-besser-verwalten-ld.132730> (06.12.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**